

Liebe Freunde eines vernünftigen Kopfbahnhofes.
Liebe Freunde einer nachhaltigen Energieversorgung,

meine Name ist Manfred Niess. Ich spreche im Namen vom Klima- und Umweltbündnis Stuttgart und von der Aktion Stadtwerke.

Ich möchte mit den von Peter Grohmann oft gestellten Fragen beginnen:
Wessen Bahnhof? Wessen Park? Wessen Stadt? Wessen Stadtwerke?

Ich bin heute hier, um Ihnen kurz einige Informationen zu geben zu einer der nach S 21 wichtigsten Entscheidungen in der Stadt. Es geht um die Frage: Wer hat das Sagen bei den Stadtwerken? Aber die Frage hat viel weitreichendere Konsequenzen: Wollen wir in Stuttgart und in Baden-Württemberg ein schnelle, vollständige Energiewende oder nicht? In einem Bürgerbegehren haben über 26 000 Stuttgarter die Frage bejaht:

„Sind Sie dafür, dass die Stadt Stuttgart die Konzession und den Betrieb der Netze für Wasser, Strom, Gas und Fernwärme spätestens ab 1.1.2014 selbst übernimmt?“.

Im Gemeinderat war zu hören, dass sie im Prinzip hinter dem Bürgerbegehren stünden, es aber leider aus juristischen Gründen ablehnen müssten. Einige Stadträte haben dem Bürgerbegehren noch einige Krokodilstränen hinterhergeweint. „ Die Entscheidung über die Energieversorgung muss in einem rechtlich geregelten Verfahren stattfinden,“ sagen sie. Damit verschanzen sich die Gemeinderäte hinter diesem angeblich objektiven Verfahren, schieben die Verantwortung auf Juristen ab und tun so als ob sie gar keine politische Verantwortung hätten. Hinter den Kulissen sieht es aber ganz anders aus: Der bürgerliche Block möchte die EnBW unbedingt im Boot haben, die FDP will, dass alles beim Alten bleibt. Eine knappe linke Mehrheit befürwortet kommunale Stadtwerke allein oder mit einem kommunalen Partner. Da im Rathaus eine breite Mehrheit gewünscht wird, sind die SPD und Grünen Stadträte umgefallen. Laut StZ sind sie bereit, in einem Kooperationsmodell einem starken Partner (nach Wunsch der Bürgerlichen: die EnBW) in der Netzbetreiber-gesellschaft eine 3/4 Mehrheit zu geben. Dies alles soll nun im Geheimen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen werden. Die Fraktion SÖS und Linke lehnen dies ab.

Eine Mehrheit der Stadtwerke bei der Netzbetreiber-gesellschaft ist aber entscheidend, ob die Stadt im Energiebereich wieder das Sagen hat oder nicht!

Wir wollen kommunale Stadtwerke wie in München, das den zweitniedrigsten Strompreis hat, einen Gewinn von 556 Mio. Euro macht, bis 2025 den gesamten Strombedarf grün herstellen möchte und dafür 9 Mrd. Euro investiert, 1,5mal so viel wie in Stuttgart für S 21 ausgegeben wird.

Wir wollen kein „weiter so“ mit einem energiepolitischen Dinosaurier mit 42 % Atomstrom. Nachdem die EnBW die TWS vor 10 Jahren übernommen hat, gibt es in Stuttgart gerade mal 1,2% erneuerbaren Strom!

Kurz zum angeblich objektiven Konzessionsverfahren:

Das Verfahren soll transparent und diskriminierungsfrei sein.

Wie sieht die Transparenz aus? Das Verfahren wird nicht-öffentlich in einem Unterausschuss behandelt. Nur wenige Gemeinderäte haben ein Herrschaftswissen, die anderen Gemeinderäte werden kaum informiert.

Nach außen dringt an die Öffentlichkeit außer wenigen Indiskretionen fast keine Information.

Das Verfahren soll diskriminierungsfrei sein: Jetzt soll ein Kooperationsmodell ausgeschrieben werden, welches ausschließlich an den Interessen der EnBW ausgerichtet ist.

Alle anderen Bewerber haben bereits angeboten den Stadtwerken die unternehmerische Mehrheit einzuräumen

Mit der Entscheidung, den Stadtwerken nur eine Minderheitsbeteiligung als Netzbetreiber zu geben, kettet der Gemeinderat das Schicksal der Stadt an einen maroden Energieversorger, dessen dauerhaftes Überleben nicht gesichert ist; außerdem gefährdet er die Existenz der neuen Stadtwerke.

D. h. im Klartext: das Verfahren ist eine Farce, die Entscheidung wird politisch gefällt und für viele Gemeinderäte ist jetzt schon klar, wer der zukünftige Kooperationspartner sein soll, obwohl eine 100% kommunale Lösung möglich wäre.

Als Netzbetreiber ist die EnBW natürlich auch ein guter Netzwerker: Bei der CDU macht die Lobby- Arbeit „Haus und Grund“, bei der SPD, gibt es ein Netzwerk von Verdi und dem Verein „Mit uns für Baden-Württemberg“ einem EnBW- Lobby-Verein.

Außerdem macht die Landesregierung bei SPD und Grünen mächtig Druck. Schließlich ist sie auf Zahlungen der EnBW zur Finanzierung des Mappus Deals angewiesen.

Dazu kann man mit Franz Alt nur sagen: verfilzt und zugenäht.

Für was haben wir eine neue Regierung und einen neuen Bürgermeister gewählt? Warum wird S 21 ohne Genehmigung weitergebaut? Wie kann es eine Energiewende ohne richtige Stadtwerke aber mit der EnBW geben?

Wo ist der Politikwechsel? Sind Grüne und SPD die Urlaubsvertretung der CDU?

Wir fordern: 100% kommunale Stadtwerke, ohne einen fossil-nuklearen Netzbetreiber.

Wir fordern eine Entscheidung, die im Interesse der Stadt ist, kein shareholder value sondern ein citizen value, wo die Gewinne nicht einer Aktiengesellschaft zufließen, sondern eine regionale Wertschöpfung in der Kommune stattfindet.

Wir fordern, dass die Gemeinderäte sich ihrer Verantwortung stellen:

Liebe Montagsdemonstranten, bitte schickt viele der ausliegenden Briefe an die Gemeinderäte, damit das Verfahren endlich transparent und öffentlich wird.

Wir bleiben auch in der Energiewirtschaft oben!